

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
44. Sitzung

25.02.1988
he-sz

Abg. Neuhaus (CDU) fügt seinen Darlegungen an, ihn bestürze ein wenig die Tatsache, daß in den letzten zwei Jahren sowohl in diesem Ausschuß als auch im Plenum sämtliche Anträge der CDU-Fraktion abgelehnt worden seien. Zu dem jetzt in Rede stehenden Antrag sei beispielsweise im kommunalpolitischen Ausschuß gesagt worden, der Antrag lasse sich mangels finanzieller Möglichkeiten nicht realisieren.

Daß es dem Land finanziell schlecht gehe, wisse auch die CDU-Fraktion. Er habe aber kein Verständnis dafür, daß dies Anlaß sein solle, von politischem Denken und Handeln Abschied zu nehmen. Im Gegenteil, gerade bei finanziellen Engpässen müßten sich die Politiker um so mehr Gedanken darüber machen, wie die einzelnen Teilbereiche des Landes gestaltet werden könnten.

Er betone deshalb, daß das Problem, auch wenn der konkrete Antrag heute abgestimmt werde, nicht erledigt sei.

Abg. Knipschild (CDU) teilt dieses Bedauern und konkretisiert, es werde fast nur noch politisch und nicht mehr in der Sache diskutiert, so daß auch ggf. vorhandene Gemeinsamkeiten kaum noch festgestellt würden. So könnte er sich vorstellen, daß es nach einem Dialog beispielsweise zu Abschnitt II wie auch zu einigen Einzelpunkten unter den Abschnitten I und III durchaus einvernehmliche Aussagen geben könnte. Er bedauere es außerordentlich, daß selbst dieser Konsens in Einzelpunkten nicht mehr möglich sei.

Er wolle diese Erörterung jetzt nicht vertiefen, sondern dafür plädieren, heute nicht zur Schlußabstimmung über den Antrag zu kommen, sondern einen interfraktionellen Arbeitskreis damit zu beauftragen, gemeinsam zu überlegen, ob die SPD nicht in den Punkten, in denen ein sachlicher Widerspruch gar nicht möglich sei, dem CDU-Antrag zustimmen könne.

Er verweise auch auf das Beratungsergebnis des Verkehrsausschusses, der nach seinem Dafürhalten ein gutes Beispiel gegeben habe, indem er sich lediglich mit den für ihn relevanten Teilen des Antrags befaßt, diese aber dann aus sachlichen Gründen mehrheitlich positiv beurteilt habe.

Er bestreite gar nicht, räumt Abg. Heidtmann (SPD) ein, daß in einzelnen Punkten die Meinungen gar nicht weit auseinander lägen. Nur, der Teufel stecke eben im Detail. Der CDU sei doch daran gelegen, die Zustimmung zum gesamten Antrag zu bekommen. Das aber sei aus den wiederholt in den verschiedenen Sitzungen vorgetragenen Gründen nicht möglich.

Auch ein interfraktioneller Arbeitskreis, der feststelle, in welchen Einzelpunkten Konsens bestehe, könnte an der letztlichen Ablehnung des Antrags nichts ändern.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
44. Sitzung

25.02.1988
he-sz

Der Abgeordnete greift einige Beispiele aus dem Antrag heraus, um seine Auffassung zu untermauern.

Dem hält Abg. Leifert (CDU) ebenso beispielhaft Punkte entgegen, denen aus der Sicht der CDU-Fraktion auch die SPD ihre Zustimmung nicht verweigern könnte. Er verweist dabei auch auf seine diesbezüglichen Äußerungen im kommunalpolitischen Ausschuß.

Um festzustellen, wo letzten Endes die Meinungsunterschiede lägen, bitte er den Vorsitzenden, über die Ziffern des Antrags einzeln abstimmen zu lassen.

In der weiteren Diskussion, an der sich die Abg. Steinkühler (SPD), Neuhaus (CDU), Kuschke (SPD), Heidtmann (SPD), Leifert (CDU), Jacobs (CDU) und Staatssekretär Dr. Bentrup beteiligen und die sich im wesentlichen um das Stichwort Dorferneuerung und am Rande um die EG-Agrarpolitik dreht, werden im Grunde die aus den Plenardebatten und den bereits erwähnten Ausschußsitzungen am 17. September und 10. Dezember 1987 bekannten Argumente aus der jeweiligen Sicht der Fraktionen bzw. der Landesregierung wiederholt und unterstrichen.

Staatssekretär Dr. Bentrup hebt die Aussage hervor, daß Politik für den ländlichen Raum eben nicht erst heute betrieben werde, sondern bereits in der Vergangenheit betrieben worden sei. Wenn nun allerdings die ungehemmte Stilllegung von Flächen in Gang gesetzt würde und die anderen EG-Mitgliedsländer nicht mitzögen, könnte dies sehr wohl gravierende Probleme für die ländlichen Räume mit sich bringen.

Das Geld, das dann in diese Räume flösse, stelle lediglich einen Ersatz dar für das, was selbst nicht mehr erwirtschaftet werden könne. Deshalb könnte ein ungehemmt durchgeführtes Stilllegungsprogramm die Gefahr bedeuten, daß die Infrastruktur der ländlichen Räume empfindlich gestört werde und ein Ausbluten dieser Räume nicht ausgeschlossen werden könne.

Zu dieser Äußerung merkt Abg. Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.) aktuell an, er habe gerade am vergangenen Wochenende an einem länderübergreifenden Seminar mit niederländischen Parlamentariern und Bauernverbänden teilgenommen. Dabei sei zum Ausdruck gekommen, daß die Niederlande die in Brüssel beschlossenen Flächenstilllegungen begrüßten und hofften, daß sie sehr bald zum Tragen kämen.